

Sachverständigen wurde zur Pflicht gemacht: 1. den Verfallter Vertrag unangetastet zu lassen, 2. eine Endsumme der Reparationsforderungen nicht festzulegen. Die zehn Sachverständigen bildeten zwei Ausschüsse, von denen im ersten der amerikanische General Dawes, im zweiten der englische Finanzmann Mac Kenna den Vorsitz inne hatte. Besonderes Interesse verdienen die Arbeiten der Dawes-Kommission — Bericht mit neun Anlagen und Begleitschreiben —, die sich auf 14 tägigen Besuch in Berlin, vorangegangene und nachfolgende Beratungen in Paris stützen.

b) Da das Gutachten der Sachverständigen, eine wirtschaftspolitische Urkunde von 150 Druckseiten ist, kann ihr Inhalt nur skizziert werden. Vom Begleitschreiben und den Anlagen abgesehen, umfasst der Dawes-Bericht folgende Teile:

1. Der Plan und die sich daraus ergebenden Folgerungen, insbesondere die Quellen für die Leistungen,
2. der deutsche Staatshaushalt bezw. die Währung und die ev. ausländische Finanzkontrolle.

Was schlägt nun der Bericht vom Standpunkte des Wirtschaftlers, nicht des Politikers aus in Anerkennung deutscher Gesetzmäßigkeiten, deutscher Wissenschaft und deutscher Betriebsanlagen an?

Eine Notenbank — Regierungsbank — mit einem Kapital von 400 Millionen Goldmark, im In- und Ausland gezeichnet, soll die Stetigkeit der deutschen Währung gewährleisten, der Regierung Anleihen gegen Sicherheiten geben und die Zahlungen an die Reparationsforderer. Ihre Verwaltung bilden lediglich Deutsche, deren Aufsichtsrat zur Hälfte Deutsche, zur anderen Hälfte Ausländer, einschließlich eines Kommissars, der die Einhaltung der strengen Bankgrundsätze überwacht.

Der deutsche Staatshaushalt kann nur balanzieren, wenn ausdrücklich betont wird, wenn gewaltsame Eingriffe in den Staats- und Wirtschaftskörper unterbleiben, bezw. solche (Ruhrbesetzung) rückgängig gemacht werden. In Verbindung damit steht das 2 jährige Haushaltsmoratorium, d. h. die 2 jährige Stundung der Weidleistungen an die Entente, dafür gehen aber Sachleistungen weiter. Den Moratorium folgt im 3. und 4. Jahr die Uebergangszeit und ab 5. Jahr die normale Zeit, die als Gesamtleistung für das Jahr 2500 Millionen Mark vorsieht und eine „Wohlstandsziffer“ (vgl. Feuerungszahlen!) einführt, mit der die normale Zahlungssumme multipliziert wird. Die „Wohlstandsziffer“ errechnet man aus der Bevölkerungsanzahl, der Eisenbahnfrequenz, Kohlenverbrauchsmenge, Außenhandelszahlen, Tabakgenuss und öffentlichen Ausgaben.

Die Zahlungsquellen sind: 1. der Staatshaushalt, 2. die Eisenbahn einschließlich Beförderungsteuer, 3. die Industriehuldverschreibungen, 4. die einmalige Auslandsanleihe, aus der im 1. Jahr Reparationszahlungen gedeckt werden sollen. In der Uebergangszeit rechnet man mit 100—500 Mill. Mark in der Gesamtleistung von 1200 bezw. 1750 Mill. Mark. In Normaljahren mit 1250 Mill. Mark aus diesen Quellen, d. h. 50 % der normalen Gesamtleistung des Jahres.

Im Falle der sich nötig machenden Zwangsarbeit wird halt sich der Gläubiger an deutsche Zölle und Alkohol-, Tabak-, Zuckersteuern.

Ausdrücklich betont wird, daß der Dawes-Plan nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann.

Der Mac Kenna-Bericht behandelt das deutsche Kapital im Ausland, seine Höhe und die Möglichkeit, das gestückelte Kapital wieder Deutschland dienstbar zu machen.

Das Londoner Abkommen, das sich im wesentlichen inhaltlich mit dem Dawes-Gutachten deckt, aber die durch unausgesetzte Bemühungen der deutschen Delegation Marx-Stresemann-Luther erreichten Verbesserungen aufweist, wurde am 30. August 1924 durch die beamteten Diplomaten der beteiligten Mächte unterzeichnet. (Fortsetzung folgt.)

## Kleine Nachrichten

### Admiral Behndes Nachfolger.

Berlin, 4. Sept. Der Chef der Marineleitung, Admiral Behnde, beabsichtigt Mitte dieses Monats im Anschluß an die Herbstmanöver der Seestreitkräfte von seinem Posten zurückzutreten. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte, Vizeadmiral Jenter bestimmt.

### Ein Schoner durch Feuer zerstört.

Hamburg, 4. Sept. Der nach England verkaufte Hamburger Motorschoner Ariadne ist auf der Fahrt nach seinem neuen Heimathafen bei Krautland auf der Unterelbe durch ein an Bord entflammendes Feuer, das die Benzinhälfen ergriff, vollständig zerstört worden. Die Mannschaft wurde gerettet.

Das Verbot der Nationalsozialistischen Partei in Hamburg aufgehoben.

Hamburg, 4. September. Das am 25. November 1922 erlassene Verbot der Ortsgruppe Hamburg der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ist in Ausführung des Reichstagsbeschlusses vom 26. Juli 1924 für Hamburg und die Landherrschaften aufgehoben worden.

### Zur Räumung des Flaschenhalses Bonn.

Königswinter, 4. September. Bezüglich der Räumung von Königswinter-Sonnen und Rhöndorf, die zu dem sogenannten Flaschenhals gehören, ist den dortigen Bürgermeistern amtlich noch nichts bekannt. Die Räumung wird aber auch äußerlich nicht in Erscheinung treten, da die Orte schon seit längerer Zeit eine Besetzung mehr haben.

### Belagerungszustand im Sudan.

London, 4. September. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die englische Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung über den Sudan den Belagerungszustand verhängt.

### Doch ein Attentat auf Mussolini?

Rom, 4. September. Eine Nachricht, auf Mussolini sei ein Attentat dadurch verübt worden, daß mehrere Schüsse auf sein Automobil abgegeben wurden, stellte eine weitere Mitteilung als falsch hin. Später wird wieder gemeldet, der Anschlag habe wirklich Mussolini getroffen und sei auf halbem Wege zwischen Aava Pendente und Rom ausgeführt. Die Schüsse hätten jedoch nicht das Automobil Mussolinis, sondern ein hinter ihm fahrendes getroffen. Die Täter seien entkommen.

### Eine folgenschwere Kesselexplosion.

Rom, 4. September. Bei einer Kesselexplosion in Spezia wurden fünf Arbeiter getötet und eine Anzahl verletzt.

### Allgemeiner Aufstand in Marokko gegen Spanien.

Madrid, 4. Sept. Eine Rundgebung der Regierung bejagt, daß man sich einem allgemeinen Aufstand der Einwohner gegen die spanische Herrschaft in Marokko gegenübersehen müsse, durch den die spanischen Soldaten in eine gefährliche Lage gebracht worden seien. Es sei ein solches Krieg, und man müsse mit Krieg antworten. Einer solchen Lage gegenüber dürfe kein Wort, kein Kommentar geäußert werden, der an die gute Haltung der Presse, an das Vertrauen der Regierung oder an das Prestige des Oberkommandos rühre.

# Eine Kabinetterweiterung nach rechts und links?

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 5. September. Die Wilsdruffer Zeitung behauptet, es sei anzunehmen, daß der Reichskanzler vor dem Wiederauftritt des Reichstages den Versuch einer Umbildung des Reichskabinetts in dem Sinne machen werde, daß es nach rechts und links erweitert wird. Die Einladung zum Eintritt in das Kabinett werde also nicht nur an die Deutschnationalen, sondern auch an die Sozialdemokratie ergehen.

## Die Anleiheverhandlungen.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 5. September. Die entscheidenden Verhandlungen über die Anleihe, die nach dem Dawes-Gutachten der Reichsbank einen Betrag von 800 Millionen Goldmark zuführen soll, dürften dem Vernehmen nach erst ab Mitte September beginnen, wenn die maßgebenden amerikanischen und englischen Finanziers von ihren Sommerreisen zurückgekehrt sind. Als angefähiger Zeichnungstermin kommt, wenn bis dahin über alle Einzelheiten eine Einigung erzielt wird, spätestens die Oktobermitte in Betracht.

## Auch Amerika für Deutschlands Aufnahme.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

New York, 5. September. In amtlichen Kreisen Washingtons billigt man die Erklärungen Macdonalds, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wird.

### Amerikanische Kredite.

New York, 4. Sept. Gleiche Bankkreise schätzen die Kredite, die deutschen Firmen in den letzten acht Monaten gewährt wurden auf 150 Millionen Dollar und glauben, daß nach Zeichnung der deutschen Anleihe diese Kredite die Höhe von 250 Millionen Dollar erreichen werden.

### Schwere Erdstöße auf den Philippinen.

Katutua, 4. September. Der Nordosten der Insel Mindanao auf den Philippinen ist gestern von schweren Erdstößen heimgesucht worden. Einzelheiten fehlen, da sämtliche Verbindungen mit der Insel zerbrochen sind.

## Hus unserer Heimat

Wilsdruff, am 5. September 1924.

### Merktblatt für den 6. September.

Sonnenaufgang	5 <sup>00</sup>	Mondaufgang	1 <sup>11</sup>
Sonnenuntergang	6 <sup>08</sup>	Monduntergang	10 <sup>11</sup>

1729 Philosoph Moses Mendelssohn geb. — 1845 Zoolog William Marshall aeb. — 1903 Maler Friedrich v. Kaufbach gest.

## Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 4. September, abends 7 Uhr.

Entschuldig fehlte Stadtd. Lehmann, am Ratssitz waren sämtliche Stadtd. anwesend.

Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld gab als Vorsitzender zunächst Kenntnis von der Genehmigung der Sitzungen des Landesexpansionsverbandes, die im Verwaltungsgebäude eingesehen werden können, und weiter davon, daß es ihm gelungen ist, vom Arbeitsministerium ein Darlehen von 3000 Mk. gegen 6 % jährliche Zinsen zur Wiederherstellung des Stadtbades zu erlangen.

Die Leihenträger hatten um Erhöhung ihrer bisher recht bestehenden Gebühren nachgehakt, die einstimmig bewilligt wurden.

Punkt 3 (Stellung des Stadtrats zu dem von der sozialistischen Arbeiterjugend geplanten Herbstfest) und Punkt 4 (Polizeiverordnung betr. Verbot von politischen Veranstaltungen auf dem Marktplatz) wurden auf Antrag des Stadtd. Schumann zusammengefasst. Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld legte zunächst die Gründe dar, die ihn als Leiter der Polizei veranlassen, das Verbot der sozialistischen Arbeiterjugend nicht zu befürworten. Einmal sei es kaum zu vereinbaren, daß in einem Stadtteil wie Wilsdruff an einem Tage zwei derartig große Veranstaltungen stattfinden, dann sei in einem ähnlichen Falle die Genehmigung ebenfalls verweigert worden und endlich gäbe die Vorkommisse anlässlich des Republikanischen Tages Veranlassung, einen reibungslosen Verlauf beider Veranstaltungen nebeneinander kaum annehmen zu können. Der Stadtrat habe diese Stellungnahme gebilligt und gegen eine Stimme zur Meinung gemacht. Auch Kreishauptmann Bud habe das Verbot nicht befürwortet. Das Ministerium endlich habe Entschließung dahin gefasst, daß die Genehmigung zu dem Fadelzug wie zu geschlossenen Zug durch die Stadt nicht erteilt wird und daß die geplanten Veranstaltungen ausschließlich auf dem Schützenplatze und nicht auf dem Markte stattzufinden haben. Bei der Gelegenheit unterbreite der Rat dem Kollegium die folgende Polizeiverordnung zur Genehmigung: „Politische Veranstaltungen und Kundgebungen, insbesondere solche politischer Vereine auf dem Marktplatz bedürfen der vorherigen Genehmigung des Stadtrates. Zuwiderhandlungen werden an den Veranstaltern und Teilnehmern mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“ — Stadtd. Schumann als Leiter der sozialistischen Veranstaltung erklärte nach seinem Ermessen die Gründe der Ablehnung durchaus nicht für stichhaltig. Mit dem Kommando der Feuerwehr sei seinerseits völlige Uebereinstimmung erzielt worden. Hier sei man vor der Strafe zurückgewichen, weil ein paar junge Menschen Krach schlugen. Nach Rücksprache habe die Kreishauptmannschaft das Verbot befürwortend weitergegeben. Was die vorgelegte Polizeiverordnung betreffe, so sei sie mit der Reichsverfassung nicht zu vereinbaren, wenn auch der § 123 zurzeit außer Kraft gesetzt sei. Stadtd. Hofmann billigte im Namen der Bürgerlichen die Stellung des Rates und trat für die Polizeiverordnung ein. Desgleichen die Herren Sinemus, Quanz und Schneider, der es als besondere Pflicht der Beamtenschaft ansah, jegliche Reklungen innerhalb der Gemeinde wie des Staates möglichst zu vermeiden.

Gegen 5 Stimmen wurde die Stellungnahme des Bürgermeisters wie des Rates gutgeheißen und mit dem gleichen Stimmenverhältnis die Polizeiverordnung angenommen, nachdem auf Antrag Hofmann das erste Wort „politische“ gestrichen worden war, also nunmehr alle Veranstaltungen auf dem Markte vorheriger Genehmigung des Stadtrates bedürfen. Damit war die Sitzung zu Ende.

## Die fortgesetzte englische Hege gegen die deutsche Anleihe.

London, 5. September. „Evening Standard“ enthält einen scharfen Angriff gegen die Gewährung einer Anleihe an Deutschland. Man kann von einem Zeitungskrieg für und wider die deutsche Anleihe sprechen. Naturgemäß ist die Propaganda der mächtigen „Daily Mail“-Gruppe nicht ohne Einfluß geblieben und es ist nicht zu verkennen, daß dadurch die Schwierigkeiten für die Bankwelt zur Unterbringung der Anleihe von Tag zu Tag wachsen.

## Oesterreich und der Völkerbund.

(Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Wien, 9. September. Die in Wien weilenden Delegierten des Völkerbundes haben gestern ihre Erhebungen abgeschlossen. Die Ausarbeitung des Berichtes wird in Genf beendet werden, wohin die Delegierten heute abreisen. Die österreichische Regierung wird die Fertigstellung des Berichtes abwarten und dann eine Delegation unter Führung des Außenministers und des Finanzministers nach Genf entsenden. Die wichtigsten Fragen, wie des Kredits und der Mobilisierung der Kontrolle werden also in Genf behandelt werden. Man hofft, daß durch die Entscheidung die österreichischen politischen Momente berücksichtigt werden. Der Bundeskanzler Dr. Seipel kam gestern aus dem Erholungsheim in das Bundeskanzleramt, um einige Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Entsendung der Delegation zu besprechen.

Der heutige 5. September ist insofern ein Erinnerungstag, als an diesem Tage zehn Jahre vergangen sind seit dem ersten großen Wendepunkt des Krieges, dem Beginn der Winternacht. Die deutschen Armeen fanden nach ihren großen Siegen Ende August 1914 kaum Widerstand auf ihrem Vormarsch und schon glaubte man französischerseits, Paris aufgeben zu müssen. Da rüde unsere erste Armee an der französischen Hauptstadt vorbei, und das schien für den feindlichen Oberbefehlshaber ein Witz zu sein, mit den Truppen der Generale Maunour, Gallieni und Frensch den Deutschen in die Flanke zu fallen. Der unglückliche General von Klud warf ihnen rasch am Durck einige Korps entgegen, die die Umfassung versprengten. Trotzdem ordnete die deutsche Heeresleitung, nachdem überall jüdisch der Rarne der Kampf begonnen hatte, den Rückzug vom rechten Flügel aus an. So geschah, was der Feind bereits, daß er es kaum glaubte, als er unsere vordringenden Bewegungen bemerkte. Denn nicht nur am linken Flügel, sondern auch im Zentrum war er so geschlagen, daß er nur zögernd folgte. Insofern ist die Frage, ob der deutsche Rückzugsoberbefehl gerechtfertigt war, noch nicht vollständig gelöst.

Sonderzug nach Reichen-Triebischtal. Anlässlich des Feuerwehrtages, Sonntag den 7. September, verkehrt ein Sonderzug nach Reichen-Triebischtal. Ab Wilsdruff 9,03 Uhr, ab Wilsdruff 9,09 Uhr, an Reichen-Triebischtal 10,08 Uhr; An- und Abzug nach Rosten ab Reichen-Triebischtal 10,14 Uhr, an Rosten 10,57 Uhr.

Freizeitmarkt Freitag, den 5. September. Eingebachtet waren 37 Stüd. Der Preis stellte sich auf 12 bis 19 Mk. pro Stüd. Ausnahmen über Notiz. Der Verkaufsgang war flott.

Der kleine Grenzverkehr. Wie die Interessengemeinschaft Dresdener touristischer Vereinigungen auf Anfrage der zuständigen Behörden erfahren hat, sind die mit der tschechoslowakischen Regierung über die Regelung des kleinen Grenzverkehrs eingeleiteten Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gekommen. Es ist ein Abkommen getroffen worden, das zurzeit bei der Reichsregierung wegen Ertrag eines entsprechenden Gesetzes vorliegt. Solange dieses Gesetz nicht beschlossen ist, können über das Abkommen nähere Mitteilungen noch nicht veröffentlicht werden. Man rechnet aber allgemein damit, daß dem Grenzverkehr im Grenzgebiet namentliche Erleichterungen geboten werden.

Aufhebung des Bismunganges in Oesterreich. Die Regierung der österreichischen Republik hat seit gestern den Bismungang aufgehoben. Es ist daher nicht mehr nötig, sich einen Schildermerer, was bisher nur unter großen Höflichkeitlichkeiten möglich war, ausstellen zu lassen. An Stelle des Bismung tritt die sogenannte Schildermerermerke, die bei der österreichischen Gesandtschaft nach Vorlegung des Passes zu haben ist. Die Karte für die Durchreise kostet 1 Mk., die für eine einmalige Einreise nach Oesterreich 5 Mk., die für eine mehrmalige Einreise, die für die Dauer eines Jahres Gültigkeit hat, 10 Mk. Das deutsche Bismung kostet für den Ausländer immer noch 60 Mk.

Der vierte Messfest. Der Verleiher der Messe am Mittwoch entsprach an Stärke völlig dem des Vortages. Außer den vielen schätzplanmäßigen Zügen sind auch am Mittwoch zahlreiche Sonderzüge mit Viehschleppern hier eingetroffen. Die Ausstellerzahl rechnet für die letzte Hälfte der Woche mit einer weiteren Steigerung des Besuches. Trotz Gekloppelheit und Kreditkürzungen ist infolge des dringenden Warenbedarfs in vielen Abteilungen ein nicht unbedeutendes Messgeschäft zu beobachten.

Kein Wasser, kein Bier auf Obst! Alljährlich ereignen sich zur Obstzeit eine ganze Anzahl Krankheitsfälle, die mitunter zum Tode führen, weil auf reichlichen Genuß von frischem Wasser oder Bier getrunken wurde. Besonders schädlich ist es, Flüssigkeiten auf offenes Steinobst (Kirschen, Pflaumen) zu sich zu nehmen, doch auch Birnen — seltener Äpfel — sind in dieser Beziehung nicht unbedenklich, wenn sie nicht gekocht, also als Kompott oder als Mus, verzehrt werden. Heißer Kaffee oder Tee schaden weniger als ungekochtes Wasser; Bier aber ist ganz besonders gefährlich und kann zu den schwersten (ruhrartigen oder Darmerkrankungen oder zum Tode führen, wenn der vorherige Obstgenuß sehr reichlich war. Schwächliche Naturen erkranken schon heftig, wenn sie auf wenige Birnen ein paar Schüsseln Bier zu sich nehmen! Nie darf auf Früchte irgendeiner Art Bier getrunken werden! Bei einer Schülerwanderung in München, die im Frühjahr 1924 stattfand, weteten zwei junge Leute, wer es fertig bringe, zwanzig Bananen zu essen und darauf zwei Liter Bier zu trinken. Die Folge war natürlich, daß beide Wetenden erkrankten; der eine von ihnen starb alsbald unter furchtbaren Schmerzen.

Abnehmen von Obst. Bei der Obstzeit ist vor allem darauf zu achten, daß die Bäume geschont werden, der passende Reifegrad gewählt und das Obst selbst nicht beschädigt wird. In bezug auf die Reife unterscheidet man Baum- und Lagerreife. Erstere erlangen alle Früchte außer dem Kernobst, von dem nur die Sommeräpfel und Birnen vom Baume weg eßbar sind. Viele Birnen werden saftiger und wohlriechender, wenn sie nicht baumreif werden, und man muß diese Eigenschaften kennen. Sommeräpfel schmecken am besten vom Baume. Einige Pflaumen kann man zwar zur Verjendung etwas vor der völligen Reife